

<b>FDP/Volt</b>	<b>Eingang Büro der Kreisorgane am 03.06.2026</b>	<b>Antrag 2026/0056/AT</b>
<b>Betreff:</b>	<b>Antrag der FDP/Volt-Kreistagsfraktion Erkennung und Bekämpfung von Antisemitismus im Hochtaunuskreis mit dem Schwerpunkt Schulen</b>	

### **Beschlusstext**

Der Kreistag möge beschließen:

1. Der Kreisausschuss wird beauftragt, ein Programm zur Erkennung und Bekämpfung von Antisemitismus im Hochtaunuskreis, mit besonderem Schwerpunkt auf den Schulen, zu erarbeiten und umzusetzen.

In die Erstellung und Umsetzung sollen nach Möglichkeit die jüdischen Gemeinden im Hochtaunuskreis, das RIAS Hessen, sowie Erfahrungen aus anderen Landkreisen in Hessen einbezogen werden. Bisher schon existierende Projekte im Hochtaunuskreis sollen in das Programm aufgenommen werden. Der Kreisausschuss wird in diesem Zusammenhang beauftragt, in einer der nächsten Sitzungen des Ausschusses für Schule, Kultur, Sport und Freizeit über die bereits im Hochtaunuskreis existierenden Projekte zu berichten.

2. Dieses Programm soll folgende Punkte umfassen:

- Einführung eines standardisierten Dokumentationssystems für antisemitische Vorfälle im Kreis, nach Möglichkeit in Zusammenarbeit mit RIAS.
- Benennung einer Koordinierungsstelle „Antisemitismusprävention“ beim Staatlichen Schulamt, nach Möglichkeit und in Absprache angesiedelt beim Kreis.
- Ein Angebot für die Qualifizierung von Antisemitismus-Beauftragten an den Schulen im Kreis und/oder von Fortbildungen für Lehrkräfte und Schulpersonal zum Erkennen und Umgang mit antisemitischen Haltungen und Vorfällen.
- Aufbau / Angebot einer klaren Interventionskette bei antisemitischen Vorfällen
- Abgabe eines jährlichen Antisemitismus-Berichts im Ausschuss für Schule, Kultur, Sport und Freizeit

3. Parallel sollen Maßnahmen zur Stärkung des öffentlichen Bewusstseins für die Thematik und zur Förderung des jüdischen Lebens im Kreis ergriffen werden: Hierzu können gehören:

- Die Entwicklung und Förderung von pädagogischen Präventionsmaßnahmen, u. a. Projekttag, Workshops, Gedenkstättenfahrten, Begegnungsprojekte wie „Meet a Jew“ oder Gespräche mit Vertretern der jüdischen Gemeinde.
- Stärkung der Elternarbeit, u. a. durch mehrsprachige Informationsmaterialien und Informationsabend

4. Die notwendigen finanziellen Mittel sind zu ermitteln und im nächsten Kreishaushalt einzuplanen, sofern die Realisierung nicht durch Umschichtungen möglich ist.

### **Begründung**

Antisemitismus ist kein abstraktes Problem, sondern zeigt sich auch im Alltag, in Gesprächen, auf Schulhöfen, in sozialen Medien und bei einzelnen Vorfällen, die oft nicht ausreichend sichtbar werden. Gerade Schulen sind dabei ein zentraler Ort, weil hier junge Menschen geprägt werden und weil Lehrkräfte sowie Schulpersonal früh erkennen können, wenn antisemitische Haltungen auftreten oder jüdische Schülerinnen und Schüler betroffen sind.

Der Hochtaunuskreis sollte deshalb nicht erst reagieren, wenn Vorfälle eskalieren, sondern Strukturen schaffen, die Prävention, Dokumentation und klare Reaktionen miteinander verbinden. Dazu gehört auch, bestehende Projekte besser zu bündeln und die Erfahrungen jüdischer Gemeinden, spezialisierter Meldestellen und anderer Landkreise einzubeziehen.

Ziel des Antrags ist es, Antisemitismus konsequenter zu erkennen, Betroffene besser zu schützen und Schulen konkrete Unterstützung an die Hand zu geben. Gleichzeitig soll jüdisches Leben im Hochtaunuskreis sichtbarer gemacht und das Bewusstsein für historische und aktuelle Formen des Antisemitismus gestärkt werden

gez.

Holger Grupe  
Fraktionsvorsitzender

Fiona Byrne  
Stellv. Fraktionsvorsitzende

Tim Hordorff  
Parlamentarischer Geschäftsführer